



## Politische Sitzung des Europa-Ausschusses mit EU-Kommissar Janusz Lewandowski

Politische Sitzung des Europa-Ausschusses mit EU-Kommissar Janusz Lewandowski  
Der EU-Ausschuss des Bundesrates kommt am Donnerstag, 31. Januar 2013, 14 Uhr, im Bundesrat, Leipziger Straße 3 - 4, 10117 Berlin, Saal 4.041, zu einer politischen Sondersitzung mit folgenden Themen zusammen:  
1. Bericht des Kommissars für Finanzplanung und Haushalt, Janusz Lewandowski, über aktuelle europapolitische Themen, insbesondere den mehrjährigen Finanzrahmen  
2. Bericht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, zu aktuellen Entwicklungen in der Eurozone unter besonderer Berücksichtigung von Fragen zur Bewältigung der Eurokrise, finanzpolitischen Koordinierung in der Eurozone und der EU, wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Eurozone und der EU, Krisenmanagement des ESM und innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags.  
862 Zeichen  
Die Sitzung selbst ist nicht öffentlich. Es besteht jedoch die Möglichkeit zu Auftaktbildern vor Beginn der Sitzung.  
Voraussetzung für den Zugang zum Bundesratsgebäude ist eine Jahresakkreditierung des Deutschen Bundestages oder des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung beziehungsweise die Akkreditierung für die Legislaturperiode. Tagesakkreditierungen sind über die Pressestelle des Bundesrates (pressestelle@bundesrat.de) unter Angabe des Namens, des Mediums, des Geburtsdatums und des Geburtsortes möglich.

### Pressekontakt

Bundesrat

10117 Berlin

newsletterredaktion@bundesrat.de

### Firmenkontakt

Bundesrat

10117 Berlin

newsletterredaktion@bundesrat.de

Der Bundesrat ist eines der fünf ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Neben Bundespräsident, Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht ist der Bundesrat als Vertretung der Länder das föderative Bundesorgan. Er entscheidet mit über die Politik des Bundes und bildet damit zum einen ein Gegengewicht zu den Verfassungsorganen Bundestag und Bundesregierung und er ist zum anderen ein Bindeglied zwischen Bund und Ländern.